



Jahresbericht 2017

Unabhängig, beharrlich, kritisch:
Unser Einsatz für eine starke Demokratie

Inhalt

LobbyControl – In der Bewegung liegt die Kraft	3
Unsere Erfolge 2017	4
Lobbyismus an Schulen: Teamwork zeigt Wirkung	5
Bundestagswahlkampagne: Das Lobbyregister rückt näher	6
Interventionen: Aserbaidschan, AfD, Autolobby	8
EU-Handelspolitik: Gegenmacht zur Konzernlobby	10
EU-Lobbyregulierung: Brüssel bewegt sich	11
Finanzbericht	12
LobbyControl in den Medien	14
Ausblick 2018	15



Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Unterstützerinnen und Unterstützer von LobbyControl,

während ich diesen Text schreibe, sind meine Kolleg/-innen Max, Christina und Timo auf dem Weg nach Barcelona. Sie treffen sich dort mit Vertreter/innen von Organisationen, die in anderen europäischen Ländern eine ähnliche Arbeit machen wie wir, z.B. Observatoire Multinational aus Frankreich, Denik Referendum aus Tschechien, Xnet aus Spanien, SpinWatch aus Großbritannien, MultiWatch aus der Schweiz. Im Januar waren sie bei uns in Köln zu Gast. Dieses Netzwerk gibt es erst seit letztem Jahr, und ich bin froh darüber.

Denn wir haben es nicht nur mit einer zunehmend internationalisierten Lobbyarbeit von Unternehmen zu tun. Die Demokratie in verschiedenen europäischen Ländern steckt tief in der Krise, und auch das Vertrauen in die Brüsseler Demokratie schrumpft weiter. Internationale Zusammenarbeit von progressiven Kräften aus der Gesellschaft ist eine Antwort darauf. Gemeinsam arbeiten wir dafür, Europa demokratischer zu machen und den übergroßen Einfluss von Konzernen zurück zu drängen. Wir sind überzeugt, dass wir damit einen Beitrag leisten, den nationalistischen und anti-demokratischen Kräften entgegen zu wirken und ein solidarisches Miteinander in Europa möglich zu machen.

Doch nicht nur in Europa ist viel zu tun. Auch in Deutschland gibt es große Machtungleichgewichte, und es mangelt an Schranken für Lobbyisten. Unser Lobbyreport 2017 hat dazu einen ernüchternden Überblick gegeben (siehe S. 6–7), um nur einen Aspekt unserer Arbeit im letzten Jahr heraus zu greifen. Dabei sind wir haarscharf an einem großen Erfolg vorbei geschrammt: Beinahe hätten wir in dieser Regierungsperiode ein verpflichtendes Lobbyregister bekommen. Sowohl die Jamaika- als auch die GroKo-Verhandler hatten sich fast darauf geeinigt. Aber eben nur fast. Im letzten Augenblick hat offenbar die CSU das Thema vom Tisch verhandelt. Das ist bitter, aber kein Grund zum Aufgeben. Vor zwölf Jahren, als wir die Forderung nach einem Lobbyregister aufgestellt haben, hat niemand in der Politik davon gesprochen. Jetzt lag es bei der Regierungsbildung ganz oben auf dem Tisch. Das letzte Wort ist dazu nicht gesprochen!

Dass wir diesen langen Atem haben, liegt ganz eindeutig an Ihnen. Durch Ihr Interesse, Ihr Engagement und nicht zuletzt Ihre finanzielle Unterstützung als Fördermitglied oder Spender/in machen Sie LobbyControl möglich. Ihnen gilt an dieser Stelle mein herzlicher Dank!

Mit lobbykritischen Grüßen,

Heidi Bank

Heidi Bank
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied



Das LobbyControl-Team (v.l.n.r.): Sebastian Meyer, Max Bank, Fabian Kaske, Imke Dierßen, Heidi Bank, Ulrich Müller, Christina Deckwirth, Ludwig Leijten, Nina Katzemich, Dieter Plehwe (ehrenamtl. Vorstand), Timo Lange, Annette Sawatzki, Felix Kamella, Heike Dierbach (ehrenamtl. Vorstand) und Ronald Pabst.

| LobbyControl – In der Bewegung liegt die Kraft

Im vergangenen Jahr haben wir unseren Vorstand neu aufgestellt und unseren spannenden Organisationsentwicklungsprozess fortgeführt. Damit konnten wir unser Zusammenwirken neu beleuchten und verbessern.

LobbyControl-Mitgründer Thomas Dürmeier hat im Herbst den Vorstand des Vereins verlassen. Thomas kennt noch die Zeit, in der LobbyControl Politik vom privaten Küchentisch aus gemacht hat. Zwölf Jahre lang hat er mit Rat und Tat, viel Expertise und hilfreichen Impulsen dazu beigetragen, dass LobbyControl groß geworden und zu einer unüberhörbaren Stimme in Sachen Lobbyismuskritik geworden ist. Jetzt geht er mit der Gründung des konzernkritischen Vereins „Goliathwatch“ neue Wege. Auch für uns spielt die Macht großer Konzerne eine große Rolle. Deshalb arbeiten wir an neuen, internationalen Bündnissen zum Thema und wollen zum Beispiel die Lobbymacht der Digitalkonzerne unter die Lupe nehmen. Wir bedanken uns herzlich bei Thomas für sein langjähriges Engagement!

Auf unserer letzten Mitgliederversammlung wurden Heike Dierbach, Dieter Plehwe und Heidi Bank, die zugleich politische Co-Geschäftsführerin ist, als Vorstand bestätigt. Angestoßen durch das Wachstum des Vereins und des hauptamtlichen Teams in den letzten Jahren, hat sich der Vorstand in den letzten zwölf Monaten bewusst mit seiner Rolle auseinandergesetzt. Er wird die Entwicklung der vergangenen Jahre fortsetzen und sich weiter aus dem operativen Geschäft zurückziehen. Stattdessen soll er noch stärker als bisher strategische und inhaltliche Impulse setzen.



Thomas Dürmeier

Wir gestalten den Wandel innerhalb unserer Organisation

Das hauptamtliche Team mit 13 Mitarbeiter/innen arbeitet längst nicht mehr am Küchentisch, sondern in zwei Büros an den Standorten Köln und Berlin. Das personelle Wachstum der letzten Jahre hat uns dazu veranlasst, unsere Zusammenarbeit im Team zu überprüfen und teilweise neu zu gestalten, wie zum Beispiel unsere interne Kommunikation, Entscheidungswege und -formate. Dabei hat uns eine Organisationsberaterin ein Jahr lang herausgefordert und mit wertvollen Impulsen begleitet.

Nun können wir gestärkt und motiviert unsere politischen Anliegen voranbringen. 2017 haben uns dabei fünf Hilfskräfte, zwei Praktikant/innen und sieben LobbyScouts unterstützt. Ohne die Scouts könnten wir unsere erfolgreichen Stadtführungen, bei denen wir „das zweite Gesicht“ des politischen Berlins zeigen, nicht durchführen – 234 Touren mit insgesamt mehr als 5000 Teilnehmer/innen waren es 2017.

Neu ins Team gekommen ist im Sommer Fabian Kaske, der für den Bereich Lobbyismus an Schulen, das Online-Lexikon Lobbypedia und unsere Webseite verantwortlich ist und ein Jahr lang Felix Kamella während dessen Elternzeit vertritt. Außerdem konnten wir die Entscheidung treffen, die 2016 mit Sebastian Meyer neu besetzte Stelle des Referenten für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unbefristet beizubehalten. Für uns war das ein wichtiger Meilenstein, denn die Kommunikation nach Außen trägt wesentlich zu unserem Erfolg bei. Möglich gemacht haben das unsere 4574 Fördermitglieder in 2017 und zahlreiche Spenderinnen und Spender. Danke! Zusammen sind wir LobbyControl!

Bei den Koalitionsverhandlungen protestierten wir mit einer gigantischen Demokratietorte für mehr Lobbytransparenz.

Wir bringen was ins Rollen: Unsere Erfolge 2017



Foto: C. Mang/LobbyControl

Unabhängig, kritisch, beharrlich: das zeichnet die Arbeit von LobbyControl aus. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Auch 2017 haben wir wieder einiges für unsere Demokratie ins Rollen gebracht und Dinge zum Positiven verändert. Hier ein paar ausgewählte Höhepunkte:

- Unser Anfang 2017 vorgestellter **Geszentwurf für ein Lobbyregister und unsere Bundestagswahlkampagne mit dem Motto „Wir wollen wissen, was drin steckt“** haben Wirkung gezeigt. Gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode brachte die Linke einen Geszentwurf für ein Transparenzregister ein. Zuvor gaben die FDP und die Union ihren langjährigen Widerstand auf, die Jamaika-Verhandler einigten sich auf ein verpflichtendes Lobbyregister. Bei Schwarz-Rot flog es erst in letzter Minute – auf Druck der CSU – aus dem Koalitionsvertrag. Mit anderen Worten: Die Union blockiert weiter. Aber sie wankt beachtlich. Wir arbeiten dran, dass sie zur Vernunft kommt.
- Im Juni präsentierten wir unseren **Lobbyreport 2017**, in dem wir die Politik der Großen Koalition in sechs Themenfeldern wie Parteienfinanzierung, Lobbytransparenz oder Abgeordneten-Nebentätigkeiten bewerteten. Die Presse berichtete ausführlich, die Schlagzeilen sprechen für sich: „Schlechtes Zeugnis für die Große Koalition“ (Deutschlandfunk), „Schwarz-Rot hat versagt“ (Focus), „Dunkelkammer der Demokratie“ (Süddeutsche Zeitung) oder „Schwarz-Rot sieht rot“ (die tageszeitung).
- Boomende Basisarbeit: Immer mehr Menschen nehmen an unseren **lobbykritischen Führungen durch das Berliner Regierungsviertel** teil. 2017 legten wir mit unseren Führungen im Vergleich zum Vorjahr um 44 Prozent zu und führten dabei mehr als 5000 Jugendliche und Erwachsene auf den Spuren der Lobbyisten durch die Hauptstadt.
- Parteispenden sind ein beliebtes Lobbyinstrument. LobbyControl hat sich deshalb auf Spurensuche begeben: In mühevoller Kleinarbeit haben wir 2017 alle Großspenden seit dem Jahr 2000 zusammengetragen. **Herausgekommen ist eine mehr als 10.000 Einträge umfassende Parteispenden-Datenbank**, die wir in unser Online-Lexikon Lobbypedia integriert haben. Alle Bürgerinnen und Bürger, Journalisten oder Forscher können diese Daten nun mit wenigen Klicks durchsuchen: <https://lobbypedia.de/wiki/Parteispenden-Datenbank>
- Ob „Dieselgate“, die „Aserbaidshian-Connection“ der CDU-Abgeordneten Karin Strenz oder die **verdeckte Wahlkampfwerbung für die AfD**: Auch 2017 waren wir wichtige Ansprechpartner für Medien und Öffentlichkeit, haben mit Studien, Recherchen, Interviews und Gastbeiträgen Hintergründe beleuchtet, Missstände aufgedeckt und Diskurse geprägt.
- Brüssel bewegt sich: **Unser Einsatz für mehr Lobbytransparenz in Brüssel führt zu kleinen, aber stetigen Erfolgen**. So verabschiedete das EU-Parlament im September eine Initiative für mehr Transparenz, die unter anderem einen gesetzlichen Fußabdruck für Abgeordnete und einen besseren Schutz von Whistleblowern bedeuten würde. Zudem stellten wir Anfang 2018 unseren neuen Lobbyplanet Brüssel vor, mit dem wir zeigen, wie zwischen Pommies, Pralinen und Manneken Pis Lobbyismus in der Hauptstadt Europas funktioniert.

Foto: C. Mang/LobbyControl



Pressekonferenz zum Lobbyreport

| Teamwork wirkt: Konzerne aus dem Klassenzimmer

Lobbyisten und Schleichwerbung für Unternehmen haben an Schulen nichts zu suchen. Das sehen viele Eltern genauso. Dank ihrer Unterstützung konnten wir den Einfluss von Unternehmen mehrfach zurückdrängen. Doch auch die Politik ist gefordert.



LobbyControl-Protest vor dem Landtag in Wiesbaden

So plump kann es manchmal laufen: Zu Weihnachten 2017 hatte die Supermarktkette Rewe Grundschüler aus Hannover eingeladen, um in einer Filiale ein paar Lieder zu singen. 70 Zweitklässler trällerten daraufhin Zeilen wie „Rewe hat, was jeder mag, heisa, welch ein Freudentag“. 500 Euro spendierte das Unternehmen dem Förderverein der Schule für die Aktion. Doch nicht alle waren darüber erfreut.

Nachdem sich eine Mutter bei uns gemeldet und wir den Fall in mehreren Medien wie Spiegel Online und der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung kritisiert hatten, griff der Schulleiter zum Hörer und rief bei uns an. Ja, er habe einen Fehler gemacht. Und ja, er werde künftig anders mit Sponsoringangeboten von Unternehmen umgehen.

| Rewe und Barmer reagieren auf unseren Druck

Nicht die einzige erfolgreiche Intervention von uns. Dieses Jahr hat die Barmer Krankenkasse einen umstrittenen Wettbewerb eingestellt, bei dem Schüler mitsamt ihrer Eltern in Einkaufszentren oder lokale Autohäuser gelockt wurden. Auch in diesem Fall hatte uns eine Mutter darauf aufmerksam gemacht.

Die Beispiele zeigen, wie wichtig ihre Hinweise und Unterstützung sein können, wenn es darum geht, Lobbyismus und Werbung an Schulen zurückzudrängen. Seit Jahren sensibilisieren wir für das Thema. Denn immer mehr Konzerne drängen ins Klassenzimmer. Das geschieht mit einseitigen Unterrichtsmaterialien, Referenten, Schenkungen oder „Kooperationen“. Der Erdölkonzern Exxon zum Beispiel hatte jahrelang zwei niedersächsischen Schulen zehntausend Euro im Rahmen einer solchen Kooperation überwiesen. Die Schulen lagen in Gegenden, in der Erdöl- und Erdgasgewinnung eine besondere Rolle spielt und seit Jahren kontrovers diskutiert wurde.

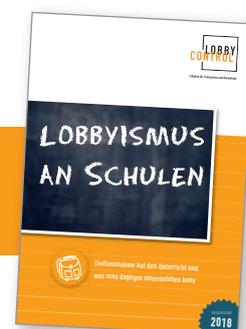
Anfang des Jahres haben wir unsere Broschüre zum Thema Lobbyismus an Schulen überarbeitet und neu herausgegeben. Damit liefern wir Lehrkräften, Eltern und SchülerInnen Hintergründe und geben praktische Tipps, wie Schulen und die Politik dieser Einflussnahme begegnen sollten.

| Rolle rückwärts in Hessen

Vor allem die Politik müsste tatsächlich mehr machen. In Hessen standen wir im Frühjahr 2017 vor einem Erfolg. Die schwarz-grüne Landesregierung wollte das Werbeverbot an Schulen verschärfen und Schul sponsoring nur noch dann erlauben, wenn „eine Beeinflussung sowie der Anschein einer Einflussnahme auf Schule und Unterricht ausgeschlossen sind“. Gleichzeitig sollte die Entscheidung über Sponsorings von den einzelnen Schulen auf das Kultusministerium übergehen. Damit hätte Hessen das strengste Werbeverbot aller Bundesländer vorgelegt. Wir haben uns früh in diesen Prozess eingemischt und mit vielen verbündeten Lehrkräften, Eltern und SchülerInnen für ein starkes Verbot gekämpft. Über 20.000 Unterschriften von UnterstützerInnen halfen uns dabei. Doch in letzter Minute knickte Bildungsminister Lorz ein und schwächte das Verbot ab.

Das war enttäuschend, ist für uns aber auch Ansporn, weiterzumachen. Dafür setzen wir auf ihre Unterstützung. Melden Sie sich gerne, wenn Sie auf Aktivitäten von Unternehmen oder Verbänden stoßen, die an der Schule nichts zu suchen haben.

Die Broschüre „Lobbyismus an Schulen“ können Sie hier kostenfrei bestellen
<https://bit.ly/2rtG10B>





Die Große Koalition muss sich beim Lobbyregister immer noch bewegen. LobbyControl-Grafik während unserer Bundestagswahlkampagne.

Kampagne zur Bundestagswahl 2017: Die Union will (noch) nicht verraten, was drin steckt

Vor allem für unser Berliner Büro stand 2017 im Zeichen der Bundestagswahl und der anschließenden, längsten Regierungsbildung in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Jamaika-Parteien hatten unserer zentralen Forderung nach einem Lobbyregister bereits zugestimmt. Doch bei der Neuauflage der Großen Koalition konnten sich CDU, CSU und SPD nicht einigen, und so fiel das Register in letzter Minute aus dem Koalitionsvertrag. Das ist bitter, aber nicht hoffnungslos. Denn die Transparenzblockierer von der Union wanken.

Tausende Lobbyisten arbeiten mit viel Geld und bestens vernetztem Personal daran, Politik und Gesetze in Deutschland in ihrem Sinne zu beeinflussen. Doch was sie genau machen, bleibt weitestgehend im Dunkeln. Andere Länder sind da weiter. In Irland oder Frankreich kann zum Beispiel jede und jeder dank eines Lobbyregisters selbst nachsehen, wer mit welchen Mitteln Lobbyarbeit macht. Eine wichtige Voraussetzung für eine transparente Demokratie und einen fairen Interessenausgleich. In Deutschland blockieren dagegen vor allem die Unionsparteien CDU und CSU seit vielen Jahren mehr Lobbytransparenz.

Das wollten wir mit unserer Bundestagswahlkampagne „Wir wollen wissen, was drin steckt“ ändern. Auftakt der Kampagne war eine Pressekonferenz, auf der wir im Juni den „Lobbyreport 2017“ und unsere drei Forderungen zur Bundestagswahl vorstellten: Ein Lobbyregister, eine legislative Fußspur, die offen legen soll, welche Lobbyisten an Gesetzen mitarbeiten, sowie strengere Regeln bei der Parteienfinanzierung.

Viele Leitmedien berichteten über den Lobbyreport und griffen unsere Kritik an der Großen Koalition auf. Da sie notwendige Reformen verschleppt hat, trägt sie eine Mitverantwortung für mehrere Lobbykandale dieser Legislaturperiode wie „Dieselgate“, dem Kauf von Zugang zu Spitzenpolitikern der SPD („Rent-a-Sozi“), oder dem Cum-Ex-Steuerkandal.

Ungezügelter Lobbyismus kommt uns teuer zu stehen

Letzterer hat auch gezeigt, welche Kosten das Aussitzen von Lobbyismusreformen haben kann. Auch, weil die Finanzbranche einen Lobbyisten im Finanzministerium installiert hatte und dieser an einem Gesetzestext mitwirkte, haben Finanzakteure den Staat über mehrere Jahre hinweg mit mehrfach erstatteten Kapitalertragssteuern um rund zehn Milliarden Euro prellen können. Zum Vergleich: Damit könnte man rund 18.000 Lehrer/innen bezahlen. Oder 24.000 Polizist/innen. Oder 28.000 Krankenpfleger/innen. Für jeweils zehn Jahre.

Eine Legislative Fußspur hätte diesen Skandal zumindest unwahrscheinlicher gemacht. Schließlich hätten Öffentlichkeit und Parlament dadurch den Einfluss der Finanzlobby frühzeitig bemerken und kritisch hinterfragen können.

Große Unterstützung für unsere Kampagne

Gefreut haben wir uns über den großen Zuspruch zu unserer Kampagne. So haben mehr als 34.000 Menschen unseren Online-Appl „Wir wollen wissen, was drin steckt“ unterzeichnet, den wir vor der Wahl und während der Koalitionsverhandlungen an Kathrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/ Die Grünen), Sahra Wagenknecht (Die Linke), Joachim Herrmann (CSU) sowie Ulrich Kelber (SPD) übergaben.

Erfolgreich war auch unser Paket mit Informations- und Kampagnenmaterial, das wir kostenlos an Unterstützer/innen verteilten. Die Nachfrage überstieg unsere Erwartungen bei weitem, die ersten 1.000 Materialpakete waren innerhalb weniger Tage vergriffen. Auch unser Parteiencheck, in dem wir die Positionen der Parteien im Bereich Lobbyismus bewerteten, erfuhr große Aufmerksamkeit. Zusätzlich produzierten wir mehrere Videos, in denen wir unsere Forderungen auf einfache und anschauliche Weise darstellten.

Dabei konnten wir immer wieder auf unseren eigenen Gesetzentwurf für ein Lobbyregister verweisen, den wir im Februar gemeinsam mit Abgeordnetenwatch.de der Öffentlichkeit präsentiert hatten – und der tatsächlich den gewünschten Effekt hatte: So begann kurz später auch die SPD die Arbeit an einem eigenen Gesetzentwurf. Die Linke wiederum brachte unseren Gesetzesvorschlag – mit einigen Veränderungen – später direkt in den Bundestag ein. Dort befindet er sich derzeit in der Beratung.

Auch bei der Bundestagswahl und den anschließenden Koalitionsverhandlungen war das Lobbyregister ein wichtiges Thema. Bei den Sondierungsgesprächen mit den Grünen schien der Widerstand von Union und FDP schließlich gebrochen. FDP-Chef Linder kün-

digte uns gegenüber via Twitter an, dass ein Lobbyregister für die FDP künftig „kein Anlass für ideologischen Widerstand“ mehr sei. Auch aus Unionskreisen war zu hören, man könne den Widerstand nicht ewig aufrechterhalten. Und tatsächlich stand ein verpflichtendes Lobbyregister am Ende im Abschlusspapier der schwarz-gelbgrünen Sondierungsgespräche.

„Bis die CSU-Truppen einschritten“

Noch kurz vor Verhandlungsende von Schwarz-Rot hatte uns die SPD signalisiert: Das Lobbyregister kommt. Und tatsächlich stand das Register bis zum letzten Verhandlungstag auch im Entwurf der GroKo-Verhandler. „Bis die CSU-Truppen einschritten“, wie SPD-Staatssekretär Ulrich Kelber es formulierte – und sie das Lobbyregister in letzter Minute aus dem Koalitionsvertrag kickten. Aber womöglich, das sei hinzugefügt, fand auch die SPD andere Punkte am Ende wichtiger.

Die Union steht zunehmend isoliert da

Einigen konnte sich Schwarz-Rot lediglich auf die Einsetzung einer Expertenkommission zur Bürgerbeteiligung. Diese soll unter anderem „Vorschläge zur Stärkung demokratischer Prozesse“ erarbeiten. Ein Lobbyregister gehört aus unserer Sicht hier unbedingt dazu.

Trotz der Enttäuschung sind wir vorsichtig optimistisch, dass unsere Arbeit am Ende doch noch Erfolg haben wird. Als LobbyControl vor zwölf Jahren die Forderung nach einem Lobbyregister aufstellte, wurden wir belächelt. Inzwischen ist die Forderung gut etabliert. Die Mehrheit der Bevölkerung wünscht sich ein Transparenzregister. Immer mehr Lobbyist/innen und Lobbyverbände wie die „degepol“ oder der „Verband der Chemischen Industrie“ sprechen sich dafür aus. Die Grünen, die Linke und die SPD sind dafür. Die FDP hat ihre Blockade aufgegeben. Nur die Union sträubt sich. Noch.

Während unserer Bundestagswahlkampagne übergaben wir unsere Petition an mehrere Bundespolitiker, hier Sarah Wagenknecht von der Linken.



Interventionen: Aserbaidsschan, AfD und die Macht der Autolobby

Zahlreiche Skandale haben auch 2017 gezeigt, was Sache ist: Deutschland hat ein Lobbyismusproblem. Zu mehreren Fällen haben wir intensiv gearbeitet. Wir standen vor Kameras, führten viele Gespräche, protestierten vor dem Kanzleramt. Hier eine Auswahl.

Lobbyismus ist die Dunkelkammer unserer Demokratie. Konzerne, Verbände oder Vermögende versuchen immer wieder, die Politik im Verborgenen zu beeinflussen. So unterstützen anonyme Geldgeber zum Beispiel die AfD seit Langem über einen dubiosen Verein mit millionenschweren Wahlkampfhilfen. Im letzten Jahr haben wir diese Einflussnahme immer wieder kritisiert und auf den Reformbedarf bei der Parteienfinanzierung hingewiesen, unter anderem mit einem Hintergrundpapier.

Aber auch zweifelhafte Regime wie Aserbaidsschan beeinflussen die Politik. Mit Geschenken und Geldzahlungen an Europarats-Abgeordnete und Diplomaten versuchte das autoritär regierte Land, sich eine weiße Weste zu erkaufen. Journalisten konnten 2017 konkrete Geldströme aufdecken. Die CDU-Bundestagsabgeordnete und Europaratsmitglied Karin Strenz erhielt für „Beratungsleistungen“ Geld vom Aserbaidsschan-Lobbyisten Eduard Lintner (CSU), gab

dies aber nicht beziehungsweise verspätet an. Gleichzeitig war Strenz Wahlbeobachterin des Europarats in Aserbaidsschan, trat mit Präsident Alijew im Fernsehen auf und agierte als Fürsprecherin des Regimes, das gerade versucht, Erdgas über eine geplante Mega-Pipeline nach Europa zu liefern.

Die Union versucht den Fall Strenz auszusitzen

Wir deckten mehrere Ungereimtheiten und Ausflüchte von Frau Strenz auf, gaben Interviews und forderten den Rücktritt der CDU-Politikerin. Die Union und Strenz versuchen den Fall weiterhin auszusitzen. Das wollen wir nicht durchgehen lassen.

Foto: U. Müller/LobbyControl



Wahlwerbung für die AfD durch den „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten“.



Im Juli protestierten wir vor dem Kanzleramt gegen die Lobbymacht der Reichen und Vermögenden.

Ein anderer Schwerpunkt war unsere Arbeit zur Autoindustrie. Deren Lobbymacht zeigte einmal mehr der Dieselskandal. Da hatten die Autokonzerne jahrelang Verbraucher und Öffentlichkeit betrogen und belogen, gegen Gesetze verstoßen, die Luft verdreckt und Menschen krank gemacht – doch die Bundesregierung ließ die Unternehmer im Sommer 2017 nach dem „Dieselgipfel“ tatsächlich mit kostengünstigen „Softwareupdates“ davonkommen. „Für die einen gelten Gesetze, für die anderen werden Gipfel veranstaltet“, urteilte „Die Zeit“ treffend.

Neue Impulse konnten wir durch die Begleitung des Skandals um fragwürdige Experimente an Affen im Auftrag der Autolobby Anfang 2018 setzen und dort das Problemfeld Lobbyismus in der Wissenschaft in den Fokus rücken.

Inzwischen ist unsere jahrelange Kritik an der Verflechtung zwischen Politik und Autolobby schon fast zum Gemeinplatz gewor-

den. Das Handelsblatt sprach von einem „Doppelkartell“ von Autoindustrie und Politik. Spiegel Online warf der Politik vor, als Kontrollorgan der Industrie zu versagen. Und auch in der Bevölkerung hat sich der Wind gedreht. In Umfragen befürworteten drei Viertel der Deutschen einen härteren Kurs gegen die Autoindustrie.

Wir setzen auf Druck von unten

Angesichts der starken personellen und finanziellen Verflechtungen zwischen Politik und Autoindustrie ist auf eine Einsicht bei den Verantwortlichen aber nicht zu setzen. Nur Druck von unten wird Wirkung zeigen.

Das gilt auch beim Thema Reichtum und politischer Einfluss. Seit 2016 bearbeiten wir das Thema. Erster Erfolg war eine breite Diskussion über den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, genauer gesagt über die Streichung von brisanten Textpassagen aus dem Bericht durch das Kanzleramt. Zum Hintergrund: Wissenschaftler hatten im Regierungsauftrag Bundestagsentscheidungen von 1998 bis 2015 mit Meinungsumfragen abgeglichen. Befund: Die Politik orientiert sich vor allem an den Interessen der Reichen und Vermögenden.

Wir starteten eine Unterschriftenaktion, protestierten vor dem Kanzleramt, recherchierten und schrieben weiter über das Thema. Damit sorgten wir auch dafür, dass der Bundestag am Ende über den Bericht diskutierte.

In der im März 2017 veröffentlichten Endversion blieben die Kürzungen zwar bestehen. Ein gestrichenes Kapitel zu Lobbyismus wurde aber wieder aufgenommen. Zudem gibt es einen kritischen Satz zu fehlender Lobbytransparenz – eine Einsicht, die wir so von den Unions-Parteien noch nie hören durften.



Ulrich Müller im Interview mit dem Politmagazin „Report Mainz“ zur „Aserbaidschan-Connection“ von Karin Strenz



Über die Interessen von BürgerInnen hinweg: Handelsabkommen wie CETA und JEFTA dienen vor allem den Interessen von Konzernen.

Gegen Handelsabkommen im einseitigen Interesse von Konzernen

Die EU-Handelspolitik orientiert sich vor allem an Konzerninteressen. Dagegen setzen wir uns ein. Denn Umwelt, VerbraucherInnen und Demokratie haben Besseres verdient.

Das vergangene Jahr stand im Zeichen des Ratifizierungsprozesses für das CETA-Abkommen mit Kanada in den EU-Mitgliedstaaten. Denn CETA ist ein gemischtes Abkommen. Heißt: der Bundestag und andere nationale Parlamente haben Mitspracherecht. Hier haben wir im Herbst des Jahres mit einer Vortragsreise durch Europa angesetzt. Gemeinsam mit kanadischen und europäischen Kolleginnen und Kollegen sind wir durch sechs europäische Hauptstädte getourt: Paris, Dublin, Amsterdam, Berlin, Ljubljana und Wien.

Auf rund zwanzig Veranstaltungen und Lobbytreffen haben wir mit politischen Entscheidungsträgern und Aktivisten gesprochen, um auf die Gefahren für die Demokratie in CETA hinzuweisen. Unser Ziel: Den Widerstand an entscheidenden Stellen stärken, die internationale Bündnisarbeit ausbauen und in den nationalen Ratifizierungsprozess eingreifen. Das ist uns mit der Tour gelungen. Gerade der enge Austausch mit kanadischen Partnern hilft uns auch jetzt dabei, die Implementierung von CETA im Detail auf beiden Seiten des Atlantiks genau und kritisch zu beobachten.

Schattenjustiz und Schattenparlamente

Inhaltlich hatten wir dabei einiges zu bieten. Schließlich hatten wir 2017 mit drei Studien einseitige Lobbyeinflüsse in der EU-Handelspolitik herausgearbeitet. Darunter war auch eine Vergleichsstudie zur sogenannten regulatorischen Kooperation im CETA und TTIP-Abkommen. Dieses Lobbyvehikel hat es besonders in sich: Konzernlobbyisten sollen darüber frühzeitig und noch vor den Parlamenten Einblick in Gesetzesvorhaben bekommen und auf diese einwirken können, etwa über einen sogenannten „Regulierungsrat“, durch sektorale Arbeitsgruppen, Stakeholder-Konsultationen oder Folgeabschätzungsberichte.

Das heißt: Neben einer Schattenjustiz durch Schiedsgerichte über CETA droht auch ein Schattenparlament durch die regulatorische Kooperation. Genau zu diesem Thema haben wir 2017 eine weitere Studie vorgelegt, die zeigt, wie regulatorische Kooperation zwischen Kanada und den USA bereits zu einseitigem Konzerneinfluss auf die Handelspolitik geführt hat. Neben regulatorischer Kooperation haben wir in einer dritten Studie rückblickend auf die Protestbewegung gegen TTIP und CETA geschaut und aufgezeigt, wie Konzernlobbyisten versuchten, die Kritik an der Handelspolitik in ein schlechtes Licht zu rücken.

Diffamierungskampagne gegen die Zivilgesellschaft

Bei den Diffamierungen machten Lobbyisten vor dreisten, unhaltbaren Unterstellungen, wie etwa der Finanzierung der Bewegung durch Russland, nicht halt. Andere Vorwürfe lauteten, die zivilgesellschaftlichen Akteure seien „Anti-Amerikanisch“, verfolgten finanzielle Interessen oder betrieben das Geschäft von Populisten und Nationalisten. Das Erschreckende: Offizielle Vertreter der EU-Kommission übernahmen die falschen Anschuldigungen oft ungeprüft.

Trotz Diffamierungsversuchen bleiben wir bei unserer Kritik an einer Handelspolitik, die einseitig die Interessen von Konzernen bedient. Denn auch in 2018 gehen die Auseinandersetzungen um CETA und andere Abkommen, wie das JEFTA Abkommen mit Japan, weiter.

Brüssel bewegt sich: Fortschritte bei der EU-Lobbyregulierung

Die EU gilt vielen als bürgerfern, kompliziert und lobbygesteuert. Wir halten dagegen. Unter anderem mit unserem Lobbyplanet, Protesten und Recherchen. Und tatsächlich tut sich etwas. In Sachen Lobbytransparenz ist Europa Deutschland inzwischen sogar weit voraus.

Lobbyismus in Europa ist ein Milliardengeschäft. Schätzungen zufolge versuchen rund 25.000 InteressenvertreterInnen in Brüssel mit einem Jahresbudget von 1,5 Milliarden Euro Gesetze, Politik und öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die allermeisten arbeiten im Auftrag der Wirtschaft, wie wir in unserem Anfang 2018 veröffentlichten Lobbyplanet Brüssel dokumentiert haben. So vertreten die 20 Lobbyakteure mit den höchsten Lobbyausgaben fast ausschließlich Unternehmensinteressen. Darunter finden sich der Europäische Chemieverband, der Dachverband der europäischen Industrie- und Handelskammerorganisationen (Eurochambers), ExxonMobil oder Google.

„Sightseeing für Lobbyismus-Interessierte“

Mit dem Lobbyplanet erklären wir kompakt und unterhaltsam, wie Lobbyismus funktioniert und was wir an ihm problematisch finden. Der Stadtführer stellt den LeserInnen in verschiedenen Touren durch das EU-Viertel die wichtigsten Lobbyisten, ihre Themen und Strategien vor. Viele Journalisten schätzen ihn auch als Nachschlagewerk für ihre Arbeit. So urteilte das 3sat-Magazin „Scobel“: „Der Stadtführer ist locker geschrieben und bietet einen guten, aber erschreckenden Einblick in die Machenschaften in Brüssel. (...) Auch für diejenigen, die keine Lobbyismus-Sightseeing-Tour durch Brüssel planen, hochinteressant!“

Doch es bewegt sich etwas in die richtige Richtung. EU-Kommission und Parlament sind Deutschland beim Thema Lobbytransparenz weit voraus. Seit 2011 haben beide Institutionen ein gemeinsames EU-Lobbyregister. Auch 2017 konnten wir Kommission und Parlament zusammen mit anderen Nichtregierungsorganisationen und engagierten EU-Abgeordneten zu mehr Transparenz antreiben.

So hat das Parlament im September beschlossen, dass die Berichtserstatter, also jene Abgeordnete, die den Abstimmungsprozess im Parlament zu Gesetzesvorlagen leiten und organisieren, eine legislative Fußspur veröffentlichen sollen. Im Anhang ihrer Abschlussberichte steht nun, mit welchen Lobbyisten sie Gespräche hatten. So viel Transparenz wünschen wir uns auch in Deutschland.



Foto: Alter-EU

Trotz aller Transparenzfortschritte bleibt das Problem des ungleichen Zugangs: Die EU-Kommissare treffen sich weiterhin überwiegend mit Konzernlobbyisten, wie eine Auswertung von uns mit Alter-EU im April 2017 belegt hat. Dies steht im Widerspruch zur Aussage von Kommissionschef Juncker, für „mehr Ausgewogenheit“ bei den Lobbytreffen sorgen zu wollen.

Längere Sperrfristen für Wechsel in die Wirtschaft

Auch die Kommission hat sich nach unserem Protest und einer Beschwerde bei der EU-Bürgerbeauftragten bewegt: Nach dem Skandal um den Wechsel von Ex-Kommissionspräsident Barroso zur Investmentbank Goldman Sachs liegt ein neuer Verhaltenskodex vor. Dieser sieht längere Sperrfristen für EU-Kommissarinnen und -Kommissare beim Wechsel von der Politik in die Wirtschaft von drei Jahren vor. Auch ihre Reisekosten müssen sie nun offenlegen – eine Reaktion auf den umstrittenen Flug von Kommissar Günther Oettinger im Privatjet des Lobbyisten Klaus Mangold zu einem Treffen mit Ministerpräsident Viktor Orbán nach Ungarn im Jahr 2016.

Finanzbericht 2017

Das Jahr 2017 ist aus finanzieller Sicht wie geplant gelaufen. Unseren Überschuss aus 2016 haben wir für die Bundestagswahlkampagne und andere Aktionen eingesetzt. Möglich ist das nur dank der Unterstützung unserer Fördermitglieder und SpenderInnen. Dafür möchten wir uns ganz herzlich bedanken.

Einnahmen

LobbyControl hatte 2017 Einnahmen in Höhe von 1.074.803,96 Euro. Das ist ein Plus von zwölf Prozent im Vergleich zum Vorjahr und um drei Prozent besser als geplant.

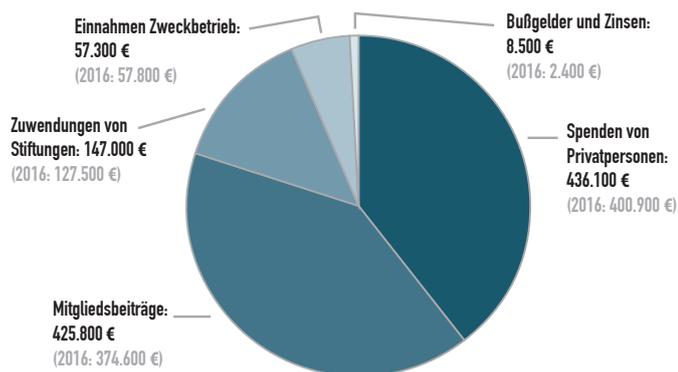
Wichtigste Pfeiler unserer Einnahmen sind die Spenden und Beiträge unserer Mitglieder, die rund 80 Prozent der Gesamteinnahmen ausmachen. 2017 waren es insgesamt 9.216 Privatpersonen, die uns mit einem Beitrag unterstützt haben, 4.574 davon waren regelmäßig zahlende Fördermitglieder (ein Zuwachs von 440 im Vergleich zu 2016). Im Vergleich zu vorangehenden Jahren sind Mitgliedsbeiträge und Spenden gleichmäßig gewachsen.

Unsere wichtigste Finanzbasis sind weiterhin kleine und mittlere Spenden. So machten Spenden bis zu einer Höhe von 500 Euro 80 Prozent unserer Einnahmen aus, wie aus dem Diagramm „Spenden und Beiträge 2017“ hervorgeht.

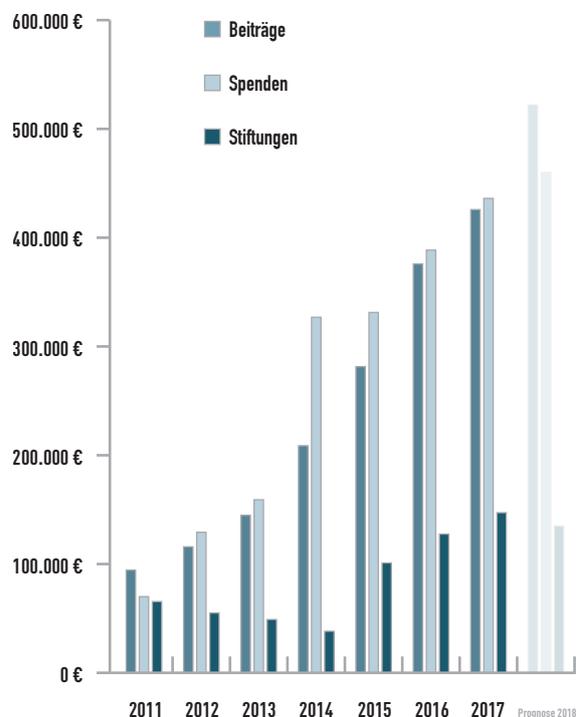
Auch die Einnahmen durch unsere lobbykritischen Stadtführungen in Berlin entwickelt sich stetig weiter. Zudem haben wir knapp 1000 Exemplare des neu aufgelegten LobbyPlanet Brüssel verkaufen können. Gemeinsam machte dies fünf Prozent unserer Gesamteinnahmen aus.

Die institutionelle Förderung betrug dagegen fast 14 Prozent unserer Einnahmen. Im Sinne der Transparenz listen wir jedes Jahr Zuwendungen von institutionellen Spendern ab 100 Euro sowie Spenden und Fördermitgliedsbeiträge über 10.000 Euro von natürlichen Personen namentlich auf. Spenden von Unternehmen nehmen wir nicht an.

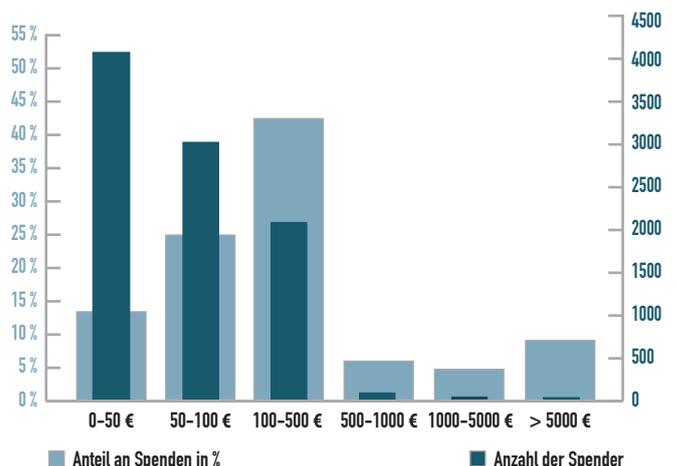
Einnahmen 2017



Vergleich des Spenden- und Beitragsaufkommens



Spenden und Beiträge 2017





Unsere Arbeit ist nur möglich dank der finanziellen und ideellen Unterstützung vieler Menschen. Hier diskutieren wir mit unseren Mitgliedern und UnterstützerInnen auf der LobbyControl-Mitgliederversammlung im Oktober 2017.

2017 erhielten wir 67.000 Euro aus unserer langjährigen Förderung durch die gemeinnützige Olin gGmbH (www.olin-ggmbh.de). Zudem unterstützte uns Campact e.V. – Kampagnen für eine lebendige Demokratie (campact.de) – im Rahmen einer dreijährigen Kooperation (2015-2017) mit 80.000 Euro. Von Privatpersonen bekamen wir 56.000 Euro von Frank Hansen. An dieser Stelle noch mal ganz herzlichen Dank für diese großzügige Unterstützung!

Ausgaben

2017 hatte LobbyControl Ausgaben von 1.144.039,78 Euro. Mit 746.000 Euro machen die Personalkosten (inkl. die Honorare für die Stadtführungen) fast zwei Drittel der Ausgaben aus. Ende 2017 waren wir insgesamt 13 hauptamtliche MitarbeiterInnen und fünf Hilfskräfte (das entspricht ungefähr elf Vollzeitäquivalenten) sowie sechs Stadtführer/innen.

Das größte Ausgabenwachstum hatten wir bei unseren Aktionen, insbesondere im Rahmen unserer Bundestagswahlkampagne (siehe S. 6–7). Erfreulich ist, dass wir trotz geringerer Ausgaben für das Fundraising unsere Spendeneinnahmen (um elf Prozent) steigern konnten.

Ausgaben (Euro, gerundet)	2017	2016	Δ in %
Personal	746.000	594.000	26%
Büro-Miete	47.000	41.000	14%
Büro-Ausstattung und -Material	13.000	21.000	-35%
Kommunikation	42.000	22.000	89%
Reisekosten	19.000	16.000	21%
Aktionen, Veranstaltungen, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit	80.000	24.000	228%
Fundraising und Mitgliederbetreuung	136.000	146.000	-7%
Sonstiges	62.000	49.000	27%
Summe Ausgaben	1.145.000	913.000	25%

Ergebnis

2017 haben wir mit einem negativen Ergebnis von 69.235,82 Euro abgeschlossen. Dies war eingeplant, da wir bis Ende 2016 so hohe Überschüsse erwirtschaftet hatten (allein 2016 mehr als 50.000 Euro), dass das Finanzamt uns aufgetragen hatte, diese abzubauen. Diesen Abbau hatten wir bereits in der Planung berücksichtigt. Die Buchhaltung 2017 wurde von einem unabhängigen Steuerberater geprüft und bestätigt. Seinen Bericht können Sie auf unserer Webseite herunterladen.

Ausblick

Für 2018 planen wir einen ausgeglichenen Haushalt von fast 1,2 Millionen Euro. Da wir 2017 den Mindestbeitrag erhöht haben, erwarten wir eine überdurchschnittliche Steigerung der Förderbeiträge und damit steigende Einnahmen. Die Ausgaben werden sich einigermaßen gleichmäßig um ungefähr fünf Prozent erhöhen. Das gilt auch für die Personalkosten, die sich an den vom Bund und Gewerkschaften ausgehandelten Tarifvertrag orientieren. Bei unseren Aktionen sowie bei den Kosten für externe Beratung werden die Kosten höchstwahrscheinlich zurückgehen, da die Bundestagswahlkampagne beendet wurde und wir unsere Organisationsentwicklung (siehe S. 4) 2018 ohne externe Begleitung weiter führen werden.

Um diese ambitionierte Planung umzusetzen, setzen wir weiterhin auf eine breite und wachsende Unterstützerbasis. Wir hoffen, Sie bleiben uns treu!



Interview mit Christina Deckwirth in den ARD-Tagesthemen zum Diesel-Abgasskandal.

LobbyControl in den Medien: Wachstum auf allen Kanälen

Für viele Journalisten und Entscheidungsträger ist LobbyControl ein wichtiger Ansprechpartner. Täglich erreichen uns zahlreiche Presseanfragen für Interviews, Hintergrundgespräche oder Recherchetipps. Im vergangenen Jahr gab es mehr als 1000 Medienberichte, in denen wir auftauchten, darunter in vielen renommierten Leitmedien im In- und Ausland wie den ARD-Tagesthemen, Deutschlandradio, Spiegel, FAZ, BBC oder der New York Times.

Als vergleichsweise kleine Nichtregierungsorganisation ist LobbyControl bei der Pressearbeit sehr gut aufgestellt. So konnten wir unsere Medienresonanz 2017 im Vergleich zum Vorjahr nochmal steigern, tauchten in 1053 Medienberichten auf und knackten damit die bisherige Bestmarke (689 Berichte) von 2013.¹ Erfreulich ist, dass wir wieder als Interviewpartner oder Kommentatoren in zahlreichen Leitmedien wie ARD-Tagesthemen, „FAZ“, „Der Spiegel“, „Süddeutsche Zeitung“, „Deutschlandradio“ und TV-Politmagazinen wie Frontal21 (ZDF), Report Mainz und Monitor (beide ARD) vorkamen. Aber auch viele ausländischen Medien wie die BBC, die New York Times oder Libération (Frankreich) berichteten über uns.

Wichtigstes Thema war der Abgasskandal und die Macht der deutschen Autolobby. Als der „Spiegel“ im Juli unter dem Titel „Das Kartell“ über heimliche Absprachen der deutschen Autokonzerne berichtete, und auch in den nächsten Wochen immer neue Details zum Dieselskandal ans Licht kamen, stand bei uns zeitweise das Telefon nicht mehr still. Mit zahlreichen Interviews und Einschätzungen ordneten wir den Fall ein und gingen auf die starken Verflechtungen zwischen Autoindustrie und Politik ein.

Schwerpunkte: Autolobby, Parteispenden, dubiose Wahlkampfhilfe für die AfD und der Lobbyreport

Weitere mediale Schwerpunkte waren die Parteispenden im Wahljahr sowie die Berichterstattung über unsere neuen Parteispenden-Datenbank, der Lobbyreport 2017 sowie unsere Kritik an der

intransparenten Wahlwerbung für die AfD. Erwähnenswert sind zudem mehrere Gastbeiträge unserer Geschäftsführerinnen Heidi Bank und Imke Dierßen (u.a. Frankfurter Rundschau, Spiegel Online) sowie ein ganzseitiges Interview mit Heidi Bank in der Süddeutschen Zeitung.

Auch auf unseren anderen Kanälen haben wir im vergangenen Jahr ein beeindruckendes Wachstum erlebt. Bei den Webseite-Besuchen lagen wir 2017 mit 369.909 Besuchen um 28,96 Prozent über dem Gesamtjahr 2016. Auf Facebook ist die Zahl unserer Abonnenten („Follower“) von 23.960 auf 30.809 gestiegen, ein Plus von ca. 26 Prozent. Und auf dem Kurznachrichtendienst Twitter folgten uns Ende 2017 26.500 Menschen, ein Plus von 18,3 Prozent. Vielen Dank an dieser Stelle an alle Unterstützer, die uns immer wieder auch über Social Media wichtige Hinweise geben und unsere Inhalte teilen und kommentieren.



Foto: A. Jabarine/NDR

Sebastian Meyer kommentiert für den NDR den „Fall Strenz“.

¹ Einschränkung sei hier hinzugefügt, dass wir seit 2017 über einen professionellen Monitoringdienst verfügen, mit dem wir Medienberichte mit LobbyControl-Erwähnung besser erfassen können als zuvor.



Auch 2018 streiten wir mit unserem Bündnis Alter-EU für mehr Lobbytransparenz in der EU. Hier eine Protestaktion im April in Brüssel.

| Ausblick 2018

| EU: Lobby-Regeln und Handelspolitik – Die Konzerne im Blick

Wie ein roter Faden zieht es sich durch die Abkommen wie TTIP, CETA und JEFTA: Im Zentrum der EU-Handelspolitik stehen die Interessen von Konzernen. In diesem Jahr wollen wir aufzeigen, wie die Konzerne agieren und von der EU-Politik profitieren. Wir setzen dabei auf internationale Zusammenarbeit und engagieren uns in verschiedenen internationalen Bündnissen mit anderen konzern- und lobbykritischen Organisationen. Auch im Vorfeld der Europawahlen im Mai 2019 kämpfen wir mit anderen dafür, dass der mächtige EU-Minister-Rat sich endlich dem Lobbyregister anschließen muss. Wie nötig das ist, hat sich erst neulich wieder gezeigt. Da hatten die Finanzminister im EU-Rat doch ausgerechnet die Steueroase Panama von der schwarzen Liste der Steueroasen gestrichen. Was genau da hinter den Kulissen lief, ist bis heute unklar.

| Parteifinancen, Seitenwechsel, Lobbyregister Berlin

Auch die Lobby-Regulierung in Deutschland bleibt ein zentrales Anliegen von uns. Wir zeigen, woher die Parteien ihr Geld bekommen und werten dafür die Rechenschaftsberichte aus. Dafür kommt uns – und allen, die mehr wissen wollen – unsere neue Parteispenden-Datenbank (lobbypedia.de/wiki/Parteispenden-Datenbank) zu Gute. Selbstverständlich beobachten wir, wohin die ausscheidenden Regierungsmitglieder wechseln und ob dabei das neue Karenzzeit-Gesetz eingehalten wird. Und auch beim Lobbyregister lassen wir nicht locker. Ein Ansatzpunkt wird die im Koalitionsvertrag angekündigte Kommission, die „Vorschläge zur Stärkung demokratischer Prozesse“ erarbeiten soll. Lobby-Regeln gehören da für uns ganz oben auf die Liste.

| Recherche und Interventionen

Verstärkt wollen wir in diesem Jahr einzelne politische Prozesse begleiten und gezielt intervenieren, wenn wir einseitige oder manipulative Einflussnahme feststellen. Auf welche Themen wir uns dabei konzentrieren, legen wir fest, wenn die Arbeit der Großen Koalition Fahrt aufgenommen hat. Anhand aktueller Beispiele wollen wir unsere grundsätzliche Kritik kommunizieren – und so dazu beitragen, die Missstände im Idealfall zu verringern oder abzustellen.

| NRW: Schultore auf für Lobbyisten? Nicht mit uns!

Mit der neuen schwarz-gelben Landesregierung in Nordrhein-Westfalen könnten sich schon bald die Schulen stärker für den Einfluss von Unternehmen öffnen. Der Koalitionsvertrag sieht unter anderem vor, einzelne Schulen in Brennpunkt-Gebieten für Geldflüsse von privaten Stiftungen zu öffnen (Projekt-Titel: „Talent-Schulen“); der Lehrermangel soll durch „Praxis-Lehrer“ angegangen werden, die u.a. aus Unternehmen an Schulen kommen könnten; und über das „Schulfach Wirtschaft“ könnte je nach Ausgestaltung eine einseitige, auf Unternehmensinteressen ausgerichtete Sichtweise auf ökonomische Zusammenhänge an den Schulen Einzug halten. Der Staat muss mehr Geld in Schulen stecken, damit diese nicht vom Geld aus der Wirtschaft abhängig werden. Wir sind sicher: Lobby-Einfluss hat an Schulen nichts zu suchen. Wir wollen dafür sorgen, dass „NRW“ nicht zum Vorreiter wird.

Blieben Sie auf dem Laufenden! Abonnieren Sie unseren Newsletter unter:
www.lobbycontrol.de/newsletter

| Unterstützen Sie unsere Arbeit!

LobbyControl wird durch die Spenden und Förderbeiträge vieler Privatpersonen getragen. Wir nehmen keine Spenden von Unternehmen an. So können wir unabhängig und flexibel arbeiten und den Mächtigen auf die Füße treten, wo es nötig ist. Seien Sie dabei! Ihre Spende macht LobbyControl möglich.

Spendenkonto: IBAN: DE 8037 0205 0000 0804 6200, Bank für Sozialwirtschaft, BIC BFSWDE33XXX
Online Spende: www.lobbycontrol.de/spenden

Als gemeinnütziger Verein stellen wir Ihnen für Ihre Spende natürlich eine steuerabzugsfähige Spendenbescheinigung aus.

Wir finanzieren uns durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Stiftungsgelder.
Mehr Informationen finden Sie unter: www.lobbycontrol.de/initiative/

| Über LobbyControl:

LobbyControl ist ein gemeinnütziger Verein, der über Machtstrukturen und Einflusstaktiken in Deutschland und der EU aufklärt. Wir liefern aktuelle Recherchen und Hintergrundanalysen. Mit Kampagnen und Aktionen machen wir Druck für politische Veränderung. LobbyControl setzt sich ein für eine lebendige und transparente Demokratie.

Blieben Sie mit uns in Kontakt:

- unter www.lobbycontrol.de unseren Newsletter abonnieren
- über Facebook oder Twitter auf dem Laufenden bleiben

| Impressum

**LobbyControl –
Initiative für Transparenz und Demokratie e.V.**

Am Justizzentrum 7
50939 Köln
Tel: 0221 / 99 57 15 – 0
Fax: 0221 / 99 57 15 – 10
kontakt@lobbycontrol.de
www.lobbycontrol.de

V.i.S.d.P.:
Sebastian Meyer

Grafik und Layout:
blickpunkt x, Köln

Fotos:
Titelseite:
Christian Mang / LobbyControl,
LobbyControl, ZDF

© für die nicht anders
ausgewiesenen Fotos:
LobbyControl

Lizenz:
CC BY-NC-ND 4.0
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



LobbyControl wurde 2017
unterstützt von:
www.olin-ggmbh.de

**OL
IN**

Druck auf 100 % Recyclingpapier